GENDER OPEN REPOSITORIUM

Geschlechter-Regierung in der Krise. Post-Neoliberalismus trotz Kontinuität? :

Michalitsch, Gabriele

2012

https://doi.org/10.25595/1532

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Michalitsch, Gabriele: *Geschlechter-Regierung in der Krise. Post-Neoliberalismus trotz Kontinuität? :* , in: Kurswechsel : Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen (2012) Nr: 2, 37-44. DOI: https://doi.org/10.25595/1532.

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY 4.0 Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz finden Sie hier:

https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de

Terms of use:

This document is made available under a CC BY 4.0 License (Attribution). For more information see:

https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.en

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

Geschlechter-Regierung in der Krise

Post-Neoliberalismus trotz Kontinuität?

Gabriele Michalitsch

Politiken von Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung charakterisierten neoliberale Transformationsprozesse der letzten beiden Dekaden, resultierten in beträchtlichen inter- wie intranationalen Verteilungsungleichheiten und entfesselten Finanzmärkten, die letztlich in die 2007 einsetzende, sich nunmehr in Europa zunehmend in Staatskrisen transformierende Finanz- und Wirtschaftskrise mündeten. Die damit verbundene »Vielfachkrise« (Demirović u. a. 2011) des gegenwärtigen neoliberalen Kapitalismus artikuliert sich – zumindest in Europa – vorrangig in diskursiven Verschiebungen[1], kaum jedoch in einem Paradigmenwechsel politischer Praxis. 2008/09, am Höhepunkt der Finanz- und Wirtschaftskrise, galt die Erneuerung der globalen Finanzarchitektur – durchaus im Sinn einer Überwindung ihrer neoliberalen Prägung – als unabdingbar. Einschneidende regulatorische Veränderungen wie etwa die Einführung einer Finanztransaktionssteuer und Einschränkungen der Geschäftstätigkeit von Finanzinstitutionen blieben bis dato jedoch weitgehend aus (vgl. Marterbauer 2011: 68 ff.). Vielmehr erscheint nunmehr Austeritätspolitik im Gefolge der Wirtschaftskrise, in der sich die zunehmende Unterwerfung von Staaten unter die Vorherrschaft des Finanzsektors spiegelt (vgl. Stiglitz 2010: 34 ff., 201 ff.; Marterbauer 2011: 90 f.), als Fortführung und Zuspitzung neoliberaler Transformation.[2] Deren Kontinuität zeigt sich nicht zuletzt am Beispiel der Geschlechterverhältnisse, wie ich im Folgenden argumentieren werde. Dabei charakterisiere ich zunächst – vorrangig mit Bezug auf Österreich – Grundzüge neoliberaler Geschlechter-Regierung vor und im Zuge der gegenwärtigen Krise, ehe ich abschließend der Frage nach einem politischen Paradigmenwechsel von Neoliberalismus zu Post-Neoliberalismus nachgehe.

Theoretisch stütze ich mich im Zuge dieses Beitrags auf Foucaults Konzeption von Regierung. Als »Führung der Führungen« zielt Regierung Foucault folgend auf Regulation menschlichen Verhaltens, mit der sich nicht bloße Unterwerfung oder Beherrschung von Subjekten, sondern vielmehr deren Hervorbringung verbindet. (vgl. Foucault 2004: 102 ff; Foucault 1996: 119). Diese Konzeption von Regierung ermöglicht insbesondere, das Zusammenwirken politischer und ökonomischer Lenkung zu erfassen. Im Anschluss an Foucault unterscheide ich mit Blick auf Geschlechter-Regierung idealtypisch zwischen diskursiven und nicht-diskursiven Praktiken. Als nicht-diskursiv verstehe ich dabei politökonomische Praktiken, die, obgleich politisch induziert, ökonomische Form annehmen und materielle Lebensverhältnisse bestimmen.

Geschlechter-Ökonomie

Dem Marktmodell folgende Selbstregulation stellt *die* zentrale neoliberale Regierungsweise dar. Mit ihr verbindet sich die Verschiebung von bis dato als öffentlich

definierten Aktivitäten in die privaten Bereiche von Markt und Haushalt. Privatisierung in diesem weiten Sinn ist auch als Kernstrategie neoliberaler (Geschlechter-) Regierung zu verstehen. Im Zentrum steht dabei die Frage der Anerkennung gesellschaftlicher Problemstellungen und entsprechender politischer Regulierungserfordernisse: An Postulate von Chancengleichheit, Eigenverantwortung und Wahlfreiheit gekoppelt, werden im neoliberalen Kontext geschlechterpolitische weitgehend als private Problemlagen reinterpretiert und jenseits politischer Zuständigkeit verortet. Emanzipation wird damit zur Aufgabe der Einzelnen umgedeutet und entpolitisiert.[3] Während solcherart Gleichstellungspolitik zunehmend an Bedeutung verliert, gestaltet sich Regierung – gerade auch der Geschlechter – auf nicht-diskursiver Ebene folglich vorrangig in ökonomischer Form.

Von einem den dominanten Marktreduktionismus überschreitenden, auf umfassende Güter- und Leistungsproduktion bezogenen Ökonomiebegriff ausgehend, lässt sich Wirtschaft in hochgradig nach Geschlecht hierarchisierte Segmente gliedern: globaler Finanzmarkt, »reale Marktwirtschaft«, öffentlicher Dienstleistungssektor, informeller Sektor und als »privat« definierte Versorgungsökonomie. Der Finanzsektor steht an der Spitze dieser an Einkommen, Status und Entscheidungshorizonten ablesbaren ökonomischen Hierarchie, die Versorgungsökonomie an deren Ende. Damit verbindet sich eine entsprechende Hierarchisierung der Arbeitskräfte, die ihrerseits eng mit Geschlecht verknüpft ist.

Das Finanzsystem, das weiterhin als wesentlich spekulative Triebkraft globalisierter Ökonomie fungiert, ist nicht nur im Hinblick auf die Dominanz von Männern als Akteure, sondern auch im Hinblick auf hegemoniale Männlichkeit als Leitsystem von Handeln und Verhalten hochgradig maskulinisiert. Dies gilt in abgeschwächter Form auch für das »realwirtschaftliche« Marktsegment, in dem sich die mit Geschlecht verknüpfte Machtasymmetrie zwischen Arbeit und Kapital im Zuge von neoliberaler Transformation ebenso wie von Finanz- und Wirtschaftskrise allerdings noch verschärfte.

Frauen haben im Verhältnis zu Männern einen deutlich eingeschränkteren Zugang zu Kapital. Dies lässt sich auf – nicht zuletzt in der Tradition patrilinearer Vererbung begründete – geschlechtsspezifische, im neoliberalen Kontext verschärfte Ungleichheiten der Vermögensverteilung ebenso zurückführen wie auf die Verwobenheit von hegemonialer Männlichkeit und dominanten Mustern von Unternehmertum (vgl. Michalitsch 2006: 75 ff.). Auch wenn etwa die Zahl österreichischer Unternehmerinnen – vorwiegend in Gewerbe, Handwerk, Handel sowie Tourismus und Freizeitwirtschaft tätig – in den letzten Dekaden deutlich gestiegen ist, befindet sich immer noch nur etwa ein Drittel aller Unternehmen in weiblicher Hand. Frauen betreiben überwiegend Kleinbetriebe und Ein-Personen-Unternehmen[4]; etwa ein Fünftel aller Frauen-Unternehmen werden im Nebenerwerb betrieben und bei 96% der weiblich geführten Unternehmen in Österreich liegt das jährliche Umsatzvolumen unter einer Million Euro (Heckl u. a. 2010: 1).

Die Krise 2008 ff. führte in Finanz- wie Realsektor zu Konzentrationsprozessen, mit denen sich die Machtasymmetrie zwischen Arbeit und Kapital verstärkte, sodass sich nicht zuletzt auch Geschlechterdisparitäten verfestigten. Dies manifestiert sich beispielsweise an anhaltend hoher Erwerbslosigkeit und fortschreitender Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen, an zumindest partiellen Reallohnsenkungen, erhöhten Leistungs- wie Flexibilitätsanforderungen und an der zunehmenden Delegation

unternehmerischer Risiken an die Arbeitskräfte etwa durch auslastungsbezogene Entgeltsysteme oder Auftragsvergabe an Neue Selbstständige. Diese keineswegs neuen, sondern schon in den 1990er Jahren einsetzenden Entwicklungen treffen nun verstärkt den Dienstleistungsbereich und damit Frauen, die über 80% der im tertiären Sektor Beschäftigten stellen (Eichwalder/Moser 2010: 143).

Zunehmend ersetzen Teilzeitbeschäftigungen weibliche Vollzeiterwerbsarbeit: Wurden die Arbeitsmarktwirkungen der Krise vor allem für Männer durch das Instrument der vorübergehenden Kurzarbeit im Fertigungsbereich aufgefangen, so hat sich der Trend der Ausweitung dauerhafter Teilzeitarbeit – auch in Form geringfügiger Beschäftigung – vorrangig für Frauen in der Krise tendenziell verstärkt. Dabei wird vor allem Frauenerwerbsarbeit immer mehr in prekäre Beschäftigungsverhältnisse an den Rand des Arbeitsmarktes gedrängt.[5] So sind etwa drei Viertel aller geringfügig Beschäftigten und über 80% aller Teilzeitbeschäftigten[6] in Österreich Frauen, aber auch bei befristeten Arbeitsverhältnissen oder Neuen Selbstständigen sind Frauen – wenn auch in wesentlich geringerem Maße – überrepräsentiert (Kytir/Moser 2010: 133 ff.).

Sozioökonomische Ungleichheiten und Hierarchien zwischen den Geschlechtern vertiefen sich folglich: Frauen sind Männern demnach ökonomisch nach wie vor untergeordnet und leben vielfach in persönlicher wirtschaftlicher Abhängigkeit. Nicht zuletzt zählen allein lebende Frauen, ob erwerbstätig oder in Pension, zu den gesellschaftlichen Gruppen mit dem höchsten Armutsrisiko.[7] Damit wird schließlich auch die Ehe als nach wie vor gesellschaftlich dominante Lebensform gestützt.

Im Zuge nunmehr vor allem unter dem Druck globaler Finanzakteure durchgesetzter Sparprogramme zur »Konsolidierung« öffentlicher Haushalte und damit fortschreitender »Verschlankung« des Staates werden aber auch öffentlicher Verwaltungsapparat ebenso wie staatliches Dienstleistungsangebot tendenziell weiter eingeschränkt. Die daraus resultierenden Verlagerungen etwa von Sozial-, Pflege- oder Gesundheitsdiensten führ(t)en zur Ausweitung weiblicher Niedriglohnarbeit im Marktsegment und zu vermehrter Informalisierung vorrangig weiblicher Beschäftigung. Rechtliche Zugangsbarrieren zum Arbeitsmarkt zwingen vorrangig Migrantinnen in informelle Haus- und Betreuungsarbeit (vgl. Beck-Gernsheim 2009: 93 f.; Lutz 2005) und ermöglichen damit die Verschiebung von Care-Arbeit zwischen Frauen, ohne die dominante geschlechtsspezifische Arbeitsteilung infrage zu stellen. Gleichzeitig polarisieren sich damit auch Arbeits- und Lebensverhältnisse von Frauen.

Verringertes öffentliches Leistungsangebot führt aber – ebenso wie Realeinkommenseinbußen und Arbeitsplatzverlust (oder auch bloß Angst vor einem solchen) – zu verstärktem Druck auf die private, primär Frauen zugewiesene Versorgungsökonomie, mangelnde öffentliche Dienste – oder Einkommensrückgänge – durch mehr Eigenleistungen auszugleichen. Nach wie vor bildet die traditionelle geschlechtsspezifische Zuweisung unbezahlter Versorgungsarbeit eine wesentliche Grundlage ökonomischer Geschlechterhierarchien: Frauen leisten rund 80% der unbezahlten Haus-, Kindererziehungs-, Betreuungs- und Pflegearbeit. Da Erwerbseinkommen von Frauen im Allgemeinen deutlich unter denjenigen von Männern liegen, scheint eine traditionelle geschlechtsspezifische Arbeitsteilung aus Sicht des einzelnen Haushalts durchaus rational. Denn geringere Einkommens- und Aufstiegschancen lassen es ökonomisch folgerichtig erscheinen, dass überwiegend Frauen – etwa zugunsten

von Kinderbetreuung oder Pflege von Angehörigen – ihre Erwerbsarbeit unterbrechen oder reduzieren. Frauen stehen folglich aufgrund der ihnen zugewiesenen Versorgungsarbeit im Gegensatz zu Männern dem Arbeitsmarkt nicht kontinuierlich und ausschließlich zur Verfügung, weibliche Mobilität und Flexibilität werden durch zu leistende Familienarbeit eingeschränkt (vgl. Müller 2008). Geschlechtliche Arbeitsteilung im Privaten und Geschlechterdisparitäten am Arbeitsmarkt stützen sich gegenseitig. Mehr krisenbedingte Eigenarbeit im »Privaten« bedeutet demnach nicht zuletzt verringerte Partizipationschancen von Frauen am Arbeitsmarkt, verschlechterte Arbeitsmarktbedingungen führen zu mehr Rückzug ins Private.

Insgesamt lässt sich somit eine Verschärfung von sozioökonomischen Geschlechterhierarchien, aber auch von – mit Klasse und Migration korrelierten – Ungleichheiten zwischen Gruppen von Frauen im Kontext von neoliberaler Transformation und Krise diagnostizieren. Politökonomische Praktiken der letzten beiden Dekaden zeigen dabei auch im Krisenzusammenhang ein hohes Maß an Kontinuität. Diese manifestiert sich aber auch, wie in weiterer Folge skizziert, auf diskursiver Ebene.

Geschlechter-Diskurse

Im Folgenden beziehe ich mich beispielhaft auf den Krisendiskurs und diesen flankierende, in der politischen Arena dominante Debatten zu Demographie und Sicherheit, die Geschlechterverhältnisse in dreierlei Hinsicht reformieren: sie dethematisieren Geschlecht, naturalisieren die Geschlechter als binäre und retraditionalisieren Geschlechterkonzeptionen. Ökonomischer Krisendiskurs und Geschlechterdiskurs sind vielfach ineinander verwoben, stets ist Geschlecht in Erzählweisen der Krise eingelassen. In welcher Weise Geschlechterverhältnisse dabei thematisiert oder ausgeblendet werden, wird von diskursiven Strategien des Benennens und Verschweigens bestimmt, die Maßstäbe setzen, anhand derer die Krise definiert und vermessen wird, wen sie trifft und wie ihr zu begegnen ist (Beigewum/Attac 2010: 67f.).

Grundsätzlich ist der Krisendiskurs durch weitgehende Dethematisierung von Geschlechterverhältnissen charakterisiert, Bezugnahmen auf Geschlecht erfolgen nur sehr vereinzelt. So wurden mit dem rapiden Anstieg der Arbeitslosigkeit in der ersten Hälfte 2009 medial vor allem Männer als Hauptbetroffene der Krise ausgemacht, während Frauen als »kaum betroffen« dargestellt wurden (Beigewum/Attac 2010: 67). Die Zunahme sexualisierter Gewalt in wirtschaftlichen Krisenzeiten etwa, in denen Stress und Angst vor Arbeitsplatzverlust zu verhaltensbestimmenden Faktoren werden (vgl. Europäische Kommission 2009: 11), wurde hingegen weitestgehend ausgeblendet. Die Funktionsweise von Kapitalismus und seine inhärente Krisendynamik verschleiernd, fokussierte die mediale Ergründung von Krisenursachen 2009 zudem nicht auf das Hinterfragen ökonomischer Systemrationalität und ihr eingeschriebener Männlichkeitsentwürfe, sondern auf individuelles Verhalten männlicher Entscheidungsträger. Im Rückgriff auf deren »Natur« wurden diese zuweilen zugleich exkulpiert: Zwar hätten männliche Risikobereitschaft und Profitgier die Krise hervorgerufen (Frauen seien eben mehr auf Sicherheit und soziale Zusammenhänge bedacht, folglich risikoaverser und weniger auf skrupellose Gewinnmaximierung fixiert), verantwortlich dafür sei jedoch die hormonelle Konstitution von Männern. Das männliche Sexualhormon Testosteron avancierte so zur tiefer liegenden Krisenursache (vgl. Sauer 2011: 81; Beigewum/Attac 2010: 68).

Damit belebte der Krisendiskurs Geschlechterstereotypen neu und verankerte diese einmal mehr in »Natur«. Solche Biologismen stützen sich auf eine entsprechende medizinisch-biologische Tradition des Wissens (vgl. Honegger 1991; Schiebinger 1993: 168 ff.), das die Geschlechter über körperliche Differenzen definiert und sich in zeitgenössischen Diskursen immer wieder artikuliert. In den letzten beiden Dekaden sind es vor allem »Erkenntnisse« der Neurowissenschaften und der Genetik (vgl. Schmitz 2009, Kadi 2011, Kaiser u. a. 2009, Rieder 2004), die fundamentale Unterschiede der Körper festschreiben.

Im Zeichen der Sorge um »Überalterung« und global konkurrenzfähiges Humankapital verbinden sich derart Differenz konstruierende vielfach mit unmittelbar retraditionalisierenden Diskursen wie etwa der anhaltenden Demographie-Debatte. Einmal mehr wird dabei weibliche Gebärwilligkeit verhandelt und – mit klassistischem wie rassistischem Subtext unterlegt – insbesondere Kinderlosigkeit von Akademikerinnen problematisiert (vgl. Michalitsch 2010: 98 f.; Correll 2005: 2011).

Darüber hinaus wird – angesichts sich vertiefender gesellschaftlicher Spaltungen – der Sicherheitsbegriff seiner wohlfahrtsstaatlichen Bedeutungsgehalte zunehmend entleert und in polizeilich-militärische Kontexte eingebettet (vgl. Sauer 2011: 87 ff.). Mit »Krieg gegen den Terror« mischen sich dabei zunehmend Konstruktionen äußerer und innerer Feinde und formieren ein neues staatsbezogenes Sicherheitsparadigma. Damit geht nicht nur verstärkte Kontrolle insbesondere des öffentlichen Raums, sondern auch dessen spezifische Militarisierung einher: Kein Shopping-Center, keine öffentliche Veranstaltung ohne uniformiertes – fast ausschließlich männliches – Security-Personal. Orientierung an solcherart redefinierter Sicherheit impliziert Aufwertung kriegerisch-konkurrenzieller Männlichkeitskonzeptionen und Remaskulinisierung von Staatlichkeit.[8] Im Zuge des Avancements ökonomischer Konkurrenz- und politischer Feindschaftsorientierung verschieben sich unter Bedingungen krisenbedingt verschärfter sozialer Unsicherheit neoliberale Selbstverantwortungspostulate zu Appellen sozialdarwinistischer Selbsterhaltung. Die Etablierung einer derart ausgerichteten »Kultur der Härte« (Fach 2000: 121) fordert verhärtete Subjektivität, die an traditionelle Entwürfe beziehungslos-kämpferischer Männlichkeit anschließt.

Diese hier nur angerissenen Geschlechter-Diskurse verweisen darauf, wie im Krisendiskurs Geschlecht verdeckt oder – seltener – als »von Natur aus« different rekonstruiert wird. Implizit nimmt auch die begleitende Demographiedebatte auf einen biologischen Geschlechterbegriff Bezug, während die Redefinition des Sicherheitsbegriffs traditionelle Entwürfe kriegerisch-konkurrenzieller Männlichkeit forciert und so Geschlechterentwürfe retraditionalisiert. Die letztgenannten Diskurse sind keineswegs neu, sondern etablierten sich vor allem in der letzten, neoliberal geprägten Dekade und verweisen damit auf Kontinuität von Geschlechter-Regierung.

Neoliberalismus: Bruch oder Kontinuität?

Politökonomische Praktiken machen die Kontinuität neoliberaler Geschlechter-Regierung im Krisenkontext deutlich: vor allem Deregulierung, Flexibilisierung, Privatisierung und Verteilungspolitik artikulieren sich vorrangig in Polarisierung der mit Geschlecht verknüpften Asymmetrie zwischen Arbeit und Kapital, in zunehmender Atypisierung und Prekarisierung vorrangig weiblicher Erwerbsarbeit, sich auswei-

tender Informalisierung weiblicher Beschäftigung und verstärkten Belastungen der vorrangig von Frauen getragenen Versorgungsökonomie und verfestigen sozioökonomische Geschlechterhierarchien, aber auch klassenbezogene Ungleichheiten. Die gleichzeitig auftretenden Geschlechter-Diskurse folgen ebenfalls einem Muster der Kontinuität, auf das die Dethematisierung von Geschlechterverhältnissen ebenso wie das Aufgreifen »natürlicher« Geschlechterdifferenzen im Krisendiskurs selbst, aber auch Bezugnahmen auf weibliche Gebärwilligkeit bzw. kämpferisch-konkurrenzielle Männlichkeit in diesen begleitenden Auseinandersetzungen um Demographie und Sicherheit verweisen. Die hier analytisch getrennt behandelten politökonomischen und diskursiven Praktiken sind, auch wenn sie sich nicht unmittelbar aufeinander beziehen, eng verwoben. Ökonomische Hierarchisierung und diskursive Konstruktion der Geschlechter als differente mit je spezifischen Charakteristika und Aufgaben stützen einander: Diskursive Setzungen von Geschlechterdifferenzen gehen mit geschlechtsspezifischen ökonomischen Ungleichheiten einher – und umgekehrt. Ihr Zusammenwirken sichert letztlich die Reproduktion von hierarchischen Geschlechterverhältnissen. Die vorliegende skizzenhafte Diagnose vermag die Komplexität von Geschlechterreproduktion nur anzudeuten, sie verweist jedoch auf ein die gesamte Gesellschaft durchziehendes Gefüge von Macht- und Herrschaftsverhältnissen, das von Geschlecht als bedingender wie bedingter Struktur bestimmt wird.

Von Geschlechterverhältnissen ausgehend, zeigt sich auch in der Krise ein hohes Ausmaß neoliberaler Kontinuität. Die Setzung des Begriffs Post-Neoliberalismus, der auf einen Bruch mit neoliberaler Regierung hindeutet, scheint aus dieser Sicht kaum gerechtfertigt. Analysen mit anderen Ausgangspunkten mögen zu anderen Schlüssen kommen. Zweifelsohne verbindet sich mit der Krise im Hinblick auf Kapitalismus-Kritik und die Frage nach Alternativen eine wesentliche diskursive Verschiebung, die sich jedoch nicht im Geschlechterkontext nachvollziehen lässt. Vielmehr verweist die hier diagnostizierte neoliberale Kontinuität darauf, dass auch auf Seiten der Kritik Geschlechterverhältnisse weitgehend ausgeblendet werden.

Literatur

Beck-Gernsheim, Elisabeth (2009) »Und für Opa sorgt 'ne Frau aus Osteuropa.« Die stille Globalisierung der Familienarbeit, in: König, Helmut/ Schmidt, Julia/ Sicking, Manfred (Hg.) Die Zukunft der Arbeit in Europa. Chancen und Risiken neuer Beschäftigungsverhältnisse, Bielefeld, 91-101.

Beigewum/ Attac (2010) Mythen der Krise. Einsprüche gegen falsche Lehren aus dem großen Crash, Hamburg.

Bereswill, Mechthild/ Neuber, Anke (Hg.) (2011) In der Krise? Männlichkeiten im 21. Jahrhundert, Münster.

Correll, Lena (2005) Kinder kriegen. Zur aktuellen Debatte um Menschen ohne Kinder, in: femina politica. 14. Jg., Heft 2, 96-100.

Correll, Lena (2011) Das Gespenst des deutschen Geburtenrückgangs. Eine kritische Analyse wissenschaftlicher Diskurse zum Bevölkerungswandel, in: femina politica. 20. Jg., Heft 1, 101-110.

Demirović, Alex (2001) Hegemonie und das Paradox von Privat und Öffentlich, in: Kurswechsel. Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen 4/2001, 12-23.

Demirović, Alex (Hg.) (2011) Vielfachkrise. Im finanzmarktdominierten Kapitalismus, Hamburg.

Europäische Kommission (2009) Gleichstellung von Frauen und Männern – 2010, Brüssel.

Eichwalder, Reinhard/ Moser, Cornelia (2010) Aspekte der geschlechtsspezifischen Arbeitsmarktsegregation, in: Bundesministerin für Frauen und Öffentlichen Dienst (Hg.) Frauenbericht

2010. Bericht betreffend die Situation von Frauen in Österreich im Zeitraum von 1998 bis 2008, Wien, 141-152.
Fach, Wolfgang (2000) Staatskörperkultur. Ein Traktat über den »schlanken Staat«, in: Bröckling, Ulrich/ Krasmann, Susanne/ Lemke, Thomas (Hg.) Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen, Frankfurt/M., 110-130.
Foucault, Michel (1996) Der Mensch ist ein Erfahrungstier. Gespräch mit Ducio Trombadori, Frankfurt/M.
Foucault, Michel (2004) Geschichte der Gouvernementalität I. Sicherheit, Territorium, Bevölkerung, Frankfurt/M.
Heckl, Eva/ Dorr, Andrea/ Gavac, Karin/ Talker, Christine Maria (2010) Unternehmerinnen in Österreich. Status quo 2009, Wien.
Hewitson, Gillian J. (1999) Feminist Economics. Interrogating the Masculinity of Rational Economic Man, Cheltenham/Northhampton.
Honegger, Claudia (1991) Die Ordnung der Geschlechter. Die Wissenschaften vom Menschen und das Weib 1750 – 1850, Frankfurt/New York.
Kadi, Ulrike (2011) Hirn mit Ei, in: Wiedlack, Maria Katharina/ Lasthofer, Kathrin (Hg.) Körperregime und Geschlecht, Innsbruck, 204-220.
Kaiser, Anelis/ Haller, Sven/ Schmitz, Sigrid/ Nitsch, Cordula (2009) On sex/gender related similarities and differences in fMRI language research, in: Brain Research Reviews. 61. Jg. Heft 2, 49-59.
Kytir, Josef/ Moser, Cornelia (2010) Erwerbsbeteiligung und Lebensunterhalt von Frauen und Männern, in: Bundesministerin für Frauen und Öffentlichen Dienst (Hg.) Frauenbericht 2010. Bericht betreffend die Situation von Frauen in Österreich im Zeitraum von 1998 bis 2008, Wien, 129-136.
Lutz, Helma (2005) Der Privathaushalt als Weltmarkt für weibliche Arbeitskräfte, in: Peripherie. 25. Jg. Heft 97/98, 65-87.
Marterbauer, Markus (2011) Zahlen bitte! Die Kosten der Krise tragen wir alle, Wien.
Michalitsch, Gabriele (2006) Die neoliberale Domestizierung des Subjekts. Von den Leidenschaften zum Kalkül, Frankfurt/M.
Michalitsch, Gabriele (2010) No sharing, no caring. Demographics, gender hierarchies and neoliberal restructuring, in: Kahlert, Heike/ Ernst, Waltraud (Hg.) Reframing Demographic Change in Europe. Perspectives on Gender and Welfare State Transformations. Münster/ Hamburg, 95-119.
Müller, Dana (2008) Der Traum einer kontinuierlichen Beschäftigung – Erwerbsunterbrechungen bei Männern und Frauen, in: Szydlik, Marc (Hg.) Flexibilisierung. Folgen für Arbeit und Familie, Wiesbaden, 47-67.
Pohl, Rolf (2011) Männer – Das benachteiligte Geschlecht? Weiblichkeitsabwehr und Anti-Feminismus im Diskurs über die Krise der Männlichkeit, in: Bereswill, Mechthild/Neuber, Anke (Hg.) In der Krise? Männlichkeiten im 21. Jahrhundert, Münster, 104-135.
Rieder, Katrin (2004) X-Y-Mythos: Konstruktion von Geschlecht durch Genetik, in: Bosshart-Pfluger, Catherine/ Grisard, Dominique/ Späti, Christina (Hg.) Geschlecht und Wissen. Beiträge der 10. Schweizerischen Historikerinnentagung 2002, Zürich, 319–331.
Sauer, Birgit (2011) Restrukturierung von Männlichkeit. Staat und Geschlecht im Kontext von ökonomischer Globalisierung und politischer Internationalisierung, in: Bereswill, Mechthild/ Neuber, Anke (Hg.) In der Krise? Männlichkeiten im 21. Jahrhundert, Münster, 80-103.
Schiebinger, Londa (1993) Am Busen der Natur. Erkenntnis und Geschlecht in den Anfängen der Wissenschaft, Stuttgart.
Schmitz, Sigrid (2009) Geschlecht zwischen Determination und Konstruktion; Auseinandersetzung mit biologischen und neurowissenschaftlichen Ansätzen, in: Faulstich-Wieland, Hannelore (Hg.) Enzyklopädie Erziehungswissenschaft Online. Fachgebiet Geschlechterforschung, Weinheim/München.
Stiglitz, Joseph (2010) In freiem Fall. Vom Versagen der Märkte zur Neuordnung der Weltwirtschaft, München.

Anmerkungen

1 Zur Diskontinuität des ökonomischen Diskurses vgl. Stiglitz 2010: 303 ff.
2 Besonders deutlich wurde dies zuletzt etwa an der Politik der Ratingagenturen gegenüber europäischen Staaten mit der Herabstufung von deren Bonität und den damit verbundenen Forderungen beispielsweise nach Ausgabenkürzungen des öffentlichen Sektors.
3 »(D)ass ein soziales Verhältnis als öffentliches anerkannt wird«, stellt jedoch ein wesentliches »Mittel der Emanzipation« (Demirović 2001: 23) dar.
4 Daran wird letztlich die Problematik der gerade im neoliberalen Kontext inflationär gebrauchten Kategorie »UnternehmerIn« für Selbstständige und deren politische Organisation im Rahmen der Wirtschaftskammer deutlich.
5 »Nur mehr etwas mehr als die Hälfte aller Frauen – 56,7% – arbeiteten 2008 normalerweise 36 oder mehr Stunden pro Woche. Damit ergeben sich im Zehnjahresvergleich deutliche Verschiebungen. Denn 1998 arbeiteten noch sieben von zehn erwerbstätigen Frauen (69,3%) 36 oder mehr Stunden pro Woche« (Kytir/Moser 2010: 134).
6 Dass Teilzeitarbeit vielfach mit einem hohen Maß an Prekarität einhergeht, resultiert aus mit dieser verbundenen vielfach nicht Existenz sichernden Einkommen und davon abgeleiteten Sozialtransfers wie Arbeitslosengeld oder Pensionen.
7 Armut und Armutsgefährdung werden – infolge der Erwerbsarbeitszentriertheit des österreichischen Sozialsystems und der zunehmenden Privatisierung der Altersvorsorge – insbesondere im Alter virulent.
8 Diese manifestiert sich nicht zuletzt in Bedeutungsverschiebungen innerhalb der Staatsapparate zu Lasten demokratisch legitimierter und in den letzten Dekaden zunehmend feminisierter – etwa sozial-, familien-, bildungs- oder kulturpolitischer – Institutionen und Politikfelder.